

Pressemitteilung

Kiel, 21.02.2019

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Das Land muss Tierexporte in problematische Staaten unterbinden

Anlässlich der aktuellen Berichterstattung zu Schlachtbedingungen in Drittstaaten, in die auch Rinder aus Schleswig-Holstein exportiert werden, und zum entsprechenden Antrag des SSW erklärt der Vorsitzende des SSW im Landtag, Lars Harms:

(Nr. 058/2019) Dass lebende Tiere durch ganz Europa und darüber hinaus transportiert werden, nur um ein paar Cent bei der Schlachtung zu sparen, ist pervers genug. Doch das, was den Tieren in einigen Bestimmungsländern angetan wird, setzt in Sachen Grausamkeit noch einen drauf: Berichten und fachlichen Stellungnahmen zufolge werden sie längst nicht immer betäubt, sondern erleiden häufig länger anhaltende Schmerzen. Unter anderem, weil man ihnen vor der Schlachtung die Augen aussticht und Sehnen durchschneidet, um sie wehrlos zu machen.

Derartige Bilder und Berichte sind zutiefst schockierend. Eine solche Praxis ist keinesfalls mit unseren Vorstellungen des Tierschutzes vereinbar und muss dringend gestoppt werden. Doch leider greifen Versuche, Rinderexporte in tierschutzrechtlich problematische Staaten zu verbieten, bisher ins Leere. Die Realität zeigt, dass der Exportstopp des Kreises Rendsburg-Eckernförde für die einzige Sammelstelle im Land einfach umgangen wird. Und zwar völlig legal, weil für inländische Transporte nur ein



Gesundheits-Attest vom Veterinär benötigt wird.

Unterm Strich hat sich also nichts geändert. Über andere Bundesländer werden weiterhin jeden Tag Rinder aus Schleswig-Holstein in Länder exportiert, in denen sie unnötige Qualen erleiden. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, in einem ersten Schritt eine landesweit einheitliche Regelung zu erlassen, die Exporte von Tieren aus Schleswig-Holstein in tierschutzrechtlich problematische Staaten wirkungsvoll unterbindet.

